



HESSISCHER LANDTAG

05. 11. 2024

HHA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In Zeiten knapper Kassen: Werbung des Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden Boris Rhein zum Hessengeld

Auf offiziellem Briefpapier des Ministerpräsidenten verschickt Boris Rhein gerade Werbebriefe an Bürgerinnen und Bürger, um den Start des Hessengeldes anzupreisen. Gleichzeitig schaltet der Ministerpräsident Werbeanzeigen in der Presse für das Hessengeld. Anscheinend hält es die Landesregierung für notwendig, ihr einziges Prestigeprojekt den Menschen mit zusätzlichem Werbeaufwand schmackhaft zu machen. Unterdessen hat uns allen die aktuelle Steuerschätzung die schwierige Haushaltslage deutlich vor Augen geführt. Die Steuerausfälle schlagen mit insgesamt 2,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2028 zu Buche. Wenn das Hessengeld für die gesamte Legislaturperiode offensteht, bedeutet das eine gewaltige Belastung kommender Generationen bis ins Jahr 2037 in Höhe von insgesamt 2 Milliarden Euro. Ohne das Hessengeld ließen sich also ein erheblicher Teil der von Schwarz-Rot begonnenen Kürzungen bei Bildung, Soziales, Umwelt und Klima vermeiden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele solcher Werbebriefe für das Hessengeld wurden verschickt?
2. An wen und nach welchen Kriterien wurden die Werbebriefe verschickt?
3. Wie kommt die Landesregierung an die Adressen?
4. Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die Werbebriefe verschickt?
5. Wie viele Werbeanzeigen für das Hessengeld wurden in der Presse geschaltet?
6. Wo, in welchen Medien und auf welcher Rechtsgrundlage?
7. Aus welchen Haushaltsmitteln wird diese Werbeaktion finanziert?
8. Was kostet diese Werbeaktion?
9. Wer bezahlt diese Werbung des Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden?
10. Welche weiteren Werbeaktivitäten für das Hessengeld sind geplant und was werden diese kosten? Aus welcher Haushaltsposition werden diese Werbeaktivitäten bezahlt?
11. Mit welchen Kosten rechnet die Landesregierung für die Werbeaktionen für das Hessengeld insgesamt?
12. Liegt es an fehlendem Interesse am Hessengeld oder warum erachtet es die Landesregierung für nötig, den Menschen ihr Prestigeprojekt schmackhaft zu machen?
13. Wie wird sichergestellt, dass die Versendung von Werbebriefen vom Ministerpräsidenten und das Schalten von Werbeanzeigen für das Hessengeld den Haushaltsgrundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht?
14. Wo sollen zusätzliche 527 Millionen Euro im Haushaltsvollzug 2024 gekürzt werden, um die Steuermindereinnahmen im Jahr 2024 zu kompensieren?

15. Wie sollen die Steuerausfälle in Höhe von 2,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2028 in der Finanzplanung 2024 bis 2028 kompensiert werden?

Wiesbaden, 5. November 2024

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke